

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

wir als FREIE WÄHLER-Fraktion wollen, dass der ländliche Raum auch in Zukunft attraktiv und vital ist. Deshalb haben wir uns diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, dass der Bund weiterhin kraftvoll in den ländlichen Raum investiert, um dessen Attraktivität zu steigern. Keinesfalls dürfen wir zulassen, dass ländliche Räume finanziell abgehängt werden. Bayern lebt von der Vielfalt – sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.

Es ist daher inakzeptabel, dass durch Mittelkürzungen der Ampel Bayerns Bürger gegeneinander ausgespielt werden. Beispiele dafür sind die Fördermittel für die integrierte ländliche Entwicklung und Dorferneuerung, die mindestens auf dem Niveau von 2023 weitergeführt werden müssen. Sämtliche Streichungen zulasten der Landwirtschaft gefährden die einzigartigen bäuerlichen Strukturen in Bayern und müssen zurückgenommen werden. Auch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie lehnen wir ab. Wir fordern einen einheitlichen Steuersatz von sieben Prozent für Speisen und Getränke, um dauerhaften Schaden von der vielfältigen bayerischen Gasthauskultur abzuwenden.

Statt Mittel zu streichen sollte die Ampel lieber investieren – etwa in die Infrastruktur von Schiene und Straße oder in die flächendeckende Gesundheitsversorgung.

Die gute Nachricht ist: Trotz der Kürzungen stemmt sich der Freistaat entschlossen gegen die bundesweite Ampel-Rezession. Darauf hat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger diese Woche völlig zu Recht hingewiesen. Wir haben in Bayern mit einer Arbeitslosenquote von etwa drei Prozent nahezu Vollbeschäftigung, während der Bund mit circa sechs Prozent deutlich darüber liegt – mehr dazu auf Seite 2!

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Florian Streibl



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2: BILANZ DES WIRTSCHAFTS-MINISTERS KANN SICH SEHEN LASSEN

SEITE 4: STILLLEGUNG VON BIOENERGIE VERHINDERN!

SEITE 5: UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE



RÜCKBLICK

Bericht: Bilanz der bayerischen Wirtschafts- und Energiepolitik kann sich sehen lassen

Diese Woche hat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger seinen Bericht zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen im Wirtschaftsausschuss vorgestellt. Und seine Bilanz kann sich sehen lassen: Von Handwerk bis Hightech, von Wärmeplanung bis Windkraft setzt Bayern wichtige Akzente. Kostenfreie Meisterausbildung, Errichtung des Chip-Design-Zentrums, erfolgreiche Akquise von IPCEI-Förderungen für bayerische Großprojekte in den Bereichen Wasserstoff oder Batterietechnologie sowie Förderung der Bioökonomie – all das sind nur einige Beispiele.

Klar ist aber auch: Um die anstehenden Herausforderungen zu meistern, brauchen wir ein wirtschaftsfreundlicheres Klima in Deutschland. Die Unternehmenssteuern müssen runter, Energie muss insbesondere für die Industrie bezahlbarer werden und belastende Bürokratie muss weg. Diese Angelegenheiten müssen vorrangig in Berlin gelöst werden. Wenn es dort weiter in diesem Schneckentempo vorangeht, sehen wir große Risiken für Deutschland als Wirtschaftsstandort.

2023 hingegen einen **Exportrekord** in der Außenwirtschaft erzielt. Der wegen teurer Energieimporte 2022 im Jahr erhöhte Einfuhrüberschuss ist damit deutlich gesunken. Wir als **FRFIF** WÄHLER-Fraktion stehen hinter unserem tatkräftigen Wirtschaftsminister, der die Themen in seinem Zuständigkeitsbereich anschiebt kräftig und gleichzeitig den mit





Menschen vor Ort sowie dem Mittelstand im Gespräch bleibt.

Mehr HIER.

Pilotprojekt zur Entnahme von Saatkrähen: Wirksamkeit von letaler Vergrämung untersuchen

Im Umweltausschuss haben wir diese Woche ein Pilotprojekt gefordert, mit dem die Wirksamkeit der letalen und der nicht letalen Vergrämung von Saatkrähen untersucht werden soll. Die Saatkrähenpopulation in Bayern steigt seit Jahren an. Als Folge dessen nehmen die verursachten Schäden immer weiter zu. Ob in besiedelten Gebieten oder auf dem Feld – eine massive Ansiedlung von Saatkrähen sorgt für gravierende Probleme: Ganze Aussaaten können von den Vögeln vernichtet werden und finanziell fatale Schäden ausrichten.

Das von uns geforderte Projekt soll über mehrere Vegetationsperioden hinweg untersuchen, welche Wirkung die Entnahme von Saatkrähen im Rahmen von artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen hat. Einbezogen werden sollen nach Möglichkeit auch Grundeigentümer und Jäger vor Ort.

Dass die Saatkrähe vor einigen Jahrzehnten vom Aussterben bedroht war, steht außer Frage. Damals war die Entscheidung zum Schutzstatus richtig. Mittlerweile hat sich die Art erholt und eine Neubewertung des Schutzstatus ist längst überfällig. Das legten auch die Zwischenberichte des Modellprojekts zum Management der Saatkrähen in Bayern des Landesamts für Umwelt nahe, das wir 2019 initiiert hatten.

Wir werden uns deshalb auch in Zukunft auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, den Schutzstatus der Saatkrähe herabzusetzen. Erst im vergangenen Jahr war eine Bundesratsinitiative von uns zur Herabstufung des Schutzstatus abgelehnt worden – doch wir geben nicht auf. Denn Vogelschutz darf nicht höher bewertet werden als die berechtigten Interessen der Menschen.



Wir fordern ein Pilotprojekt,

in dem die Wirksamkeit der letalen und der nicht letalen Vergrämung von Saatkrähen untersucht werden soll.

Marina Jakob, umweltpolitische Sprecherin



Unser Dringlichkeitsantrag: Wir wollen die Stilllegung von Bioenergie verhindern

Erneuerbare Energien sollen Zukunft in die Hauptlast der heimischen Energieversorgung übernehmen. Damit kommt der Energie aus Biomasse eine signifikante Bedeutung für die künftige Energieversorgung zu. Biomasse ist ein Eckpfeiler für das Gelingen der Energiewende: Sie liefert auch dann zuverlässig klimafreundlichen Strom, wenn Wind- und Solarenergie witterungsbedingt ausfallen. Daher haben wir uns diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, eine Stilllegung der Bioenergie zu verhindern. Konkret haben wir eine Neuausrichtung der EEG-Biomasseausschreibungen Anhebung der sowie eine massive Ausschreibungsvolumina gefordert.

Mit der zum Dezember 2023 beendeten EEG-Ausschreibungsrunde für Biomasse war eine Ausschreibungsrunde erstmals mehr als dreifach überzeichnet. Das Ergebnis ist nur der Vorbote einer drohenden Bioenergie-Krise: Zahlreiche bayerische Biogasanlagen nähern sich dem Ende der zwanzigjährigen EEG-Vergütungsdauer. Insbesondere aufgrund enorm gestiegener Kosten für Einsatzstoffe sind die Anlagen jedoch ohne eine anzupassende EEG-Vergütung nicht auskömmlich zu betreiben. Dadurch droht eine großflächige Stilllegung von Biogasanlagen. Um der Krise entgegenzuwirken ist deshalb dringend eine Anpassung der Rahmenbedingungen durch den Bund erforderlich. Die Novelle des EEG im Jahr 2024 bietet jetzt Gelegenheit dazu.



Die Zeit drängt: Auch in der nächsten Ausschreibungsrunde im März wird es absehbar weit mehr Gebote als Zuschläge geben. Es darf nicht soweit kommen, dass gesicherte Leistung aus Biogasanlagen im großen Stil vom Netz geht und Investitionen in neue Anlagen unterbleiben. Mehr HIER.



Biomasse

ist ein Eckpfeiler für das Gelingen der Energiewende.

Josef Lausch, energiepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion



UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

#BilderDerWoche: Besuch der Generalkonsulin im Europaausschuss

Wichtiger Termin diese Woche im Europaausschuss: Unsere europapolitische Sprecherin und kommissarische Leiterin des Ausschusses Ulrike Müller konnte im Antisemitismus-Beisein des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung Ludwig Spaenle die Generalkonsulin des Staates Israel für Süddeutschland Talya Lador-Fresher



begrüßen. Im Fokus des Austauschs, an dem auch unsere Abgeordneten Martin Scharf und Gabi Schmidt teilnahmen, standen der Nahostkonflikt, die bayerisch-israelischen Beziehungen und die Umsetzung der EU-Antisemitismus-Strategie.



Fotos: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion steht dabei fest, dass wir unverrückbar an der Seite Israels stehen. Der Terror der Hamas richtet sich gegen alle westlichen Werte, für die Israel steht – unter anderem Demokratie, Gleichberechtigung, Religions- und Meinungsfreiheit. Werte, die es zu verteidigen gilt.

Weitere Bilder vom Austausch gibt es HIER.



#WDB: Der Wochendurchblick mit Florian Streibl: Unsere Brandmauer gegen rechts steht – Warum wir einen Vizepräsidenten der AfD im Landtag ablehnen

In dieser Woche scheiterte der Versuch der AfD, einen Landtagsvizepräsidenten zu wählen zum vierzehnten Mal. Zum Glück – denn aus unserer Sicht sollte eine Partei, die vom Landesverfassungsschutz beobachtet wird, kein Verfassungsamt übernehmen. Weshalb es gerade jetzt wichtig ist, für die Demokratie einzustehen, zeigt unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl in der aktuellen Ausgabe #DerWochendurchblick. Zum Video geht's HIER.







Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende. Bitte bleiben Sie gesund!

Impressum

Florian Streibl, MdL Othmar-Weis-Straße 5 82487 Oberammergau Tel: 08822/935282 Fax: 08822/935287

E-Mail: info@florian-streibl.de
Homepage: www.florian-streibl.de